



Aktuelle Entwicklungen im Datenschutzrecht

IT-Rechtstag 2013

RA Dr. Rainer Knyrim

23. Mai 2013

www.preslmayr.at 23.5.2013 2

Inhalt Teil 1: DVR-Meldepflichten seit der DSGNovelle 2010 und der Novelle der STMVO Teil 2: Abfrage über DVR-Online Teil 3: Zugangsberechtigung zu DVROnline freischalten Teil 4: Meldung in DVR-Online einbringen Teil 5: Datenschutzrecht in der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Inhalt Teil 1: DVR-Meldepflichten seit der DSGNovelle 2010 und der Novelle der STMVO Teil 2: Abfrage über DVR-Online Teil 3: Zugangsberechtigung zu DVROnline freischalten Teil 4: Meldung in DVR-Online einbringen Teil 5: Datenschutzrecht in der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Formelle Prüfung - Meldepflichten (§ 1



Meldung vor Beginn an DSK -> DVR-Nummer von DVR.

Vollbetrieb ab Meldung.

Außer es geht um sensible Daten
(Gesundheitsdaten), Daten über die
Kreditwürdigkeit oder einen
Informationsverbund: Dann
Vorabkontrolle!)



www.preslmayr.a

23.5.2013

Formelle Prüfung - Meldepflichten (§ 17



- Meldung seit 1.9.2012 über DVR-Online: https://dvr.dsk.gv.at/ Meldung muss Online eingebracht werden, Post oder Email seit 1.9.2012 unzulässig! Außer bei technischem Gebrechen
- Meldung ist aktuell zu halten! Achtung bei Änderung Anschrift, Tätigkeitsbereich, Zweck, Datenarten
- Prüfverfahren: Automatische elektronische Registrierung wenn Meldung "vollständig und plausibel" wenn nicht max. 2 Monate für 1. Verbesserung durch Sachbearbeiter
- DVR-Nummer ist zu führen bei meldepflichtigen Datenanwendungen (§ 25)
- Strafe bei Nichtmeldung: bis EUR 10.000,--
- Anonyme Online-Abfrage über DVR-Online für Jedermann möglich (Zugriff auf Registerauszug und einzelne Meldungen)

www.preslmayr.a

23.5.2013

Formelle Prüfung - Meldepflichten (§ 17



Keine Meldepflicht wenn zB:

- Nur indirekt personenbezogene Daten
- Mur veröffentlichte Daten
- Persönliche/familiäre Tätigkeiten
- Publizistische T\u00e4tigkeit
- Standardanwendung (STMVO)

ww.preslmayr.at

3.5.2013

Vom Bundeskanzler erlassene Standard- und Musterverordnung



Standard- und Musterverordnung 2004 (BGBI II 312/2004) – Beispiel: SA 002 für Personalverwaltung

- Zweck: Verarbeitung, Übermittlung für Lohn-, Gehaltsverrechnung, Aufzeichnungspflichten etc.
- P Dauer: bis Ende ges. Aufbewahrungspflicht oder solange Ansprüche aus Arbeitsverhältnis möglich
- Für Unternehmer am wichtigsten:
 - SA001 Rechnungswesen und Logistik,
 - B SA002 Personalverwaltung für privatrechtliche Dienstverträge,
 - SA022 Kundenbetreuung und Marketing für eigene Zwecke,
 - SA032 Videoüberwachung
 - P SA033 neu für Datenübermittlung im Konzern

www.preslmayr.a

23.5.2013

Meldepflichten – Standard- und Musterverordnung



Beispiel SA002 - Personalverwaltung:

- Zahlreiche Datenarten zB: Name, Anschrift, SVNr, Religion, Gehalt, Lohnpfändung, Zugriffsrechte, Ausweiskarte, Urlaub, Qualifikationen, Angehörige (wenn Leistungsempfänger)
- 23 Empfängerkreise (zB Betriebsrat, Finanzamt, SozVers, Vorsorgekasse, Gläubiger.
- Wenn nicht mehr Daten/Übermittlungen als im Standard: keine Meldepflicht.

Aber: Nicht genannt: Konzerngesellschaften als

Übermittlungsempfänger – daher deswegen oft Meldepflicht!! Daher:

neue StMVO SA 033 zu Konzernübermittlungen seit 19.9.2012 sieht
einige Übermittlungen im Konzern vor.

www.preslmayr.a

23.5.201

P) PRESLMAYR RECHTS ANWÄLTE

Mitarbeiterverzeichnis

SA 033 der StMVO enthält seit 19.9.2012 folgende Konzernapplikationen, die Übermittlung im Konzern zulassen:

- Mitarbeiterverzeichnis und Terminkalender kann daher Melde- und Genehmigungsfrei sein. Aber Vorsicht: SA 033 enthält keine Mitarbeiterfotos! – dann meldepflichtig.
- Karrieredatenbank (konzerninterne Karriereplattform),
- Bonus- und Beteiligungsprogramme
- Technische Unterstützung (Helpdesk, Wartungsdienst) -
- Achtung bei allen: Datenfelder sehr limitiert!

www.preslmayr.a

23.5.2013

Neue Kontrollrechte der DSK durch DSG-Nov. 2010 seit 1.9.2012



DSG-Novelle 2010 - Stärkung der Position der DSK

- Neu: § 22a: DSK kann jederzeit die Erfüllung der Meldepflicht prüfen, ebenso die Mangelhaftigkeit oder die Unterlassung der Meldung.
- Verfahren wird eingeleitet und Verbesserung angeordnet. Wenn nicht verbessert, wird Datenanwendung aus dem Register gestrichen.
- Wenn einer Aufforderung zur Nachmeldung nicht entsprochen und die Unterlassung einer Meldung erwiesen wird, ist der <u>Betrieb der</u> Datenanwendung mit Bescheid zu untersagen!

w.preslmayr.at 23.5.2013

Neue Kontrollrechte der DSK durch DSG-Nov. 2010 seit 1.9.2012



Am Brisantesten: neuer § 30 Abs 6a:

- ₱ DSK kann selbst bei Gefahr im Verzug (= wesentliche Gefährdung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen) mit Bescheid die Datenanwendung ganz oder teilweise untersagen!
- ➡ Wird der Untersagung nicht Folge geleistet, ist Strafanzeige wegen Verwaltungsübertretung nach § 52 Abs 1 Z 3 zu erstatten (Strafrahmen bis EUR 25.000,--)!
- Monsequenz: Datenanwendung ist aus dem Register zu streichen!

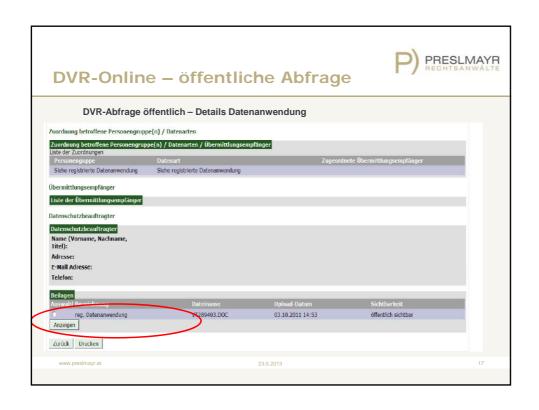
wv.preslmayr.at 23.5.2013 12













Inhalt



Teil 1: DVR-Meldepflichten seit der DSG-Novelle 2010 und der Novelle der

STMVO

Teil 2: Abfrage über DVR-Online

Teil 3: Zugangsberechtigung zu DVR-Online freischalten

Teil 4: Meldung in DVR-Online einbringen

Teil 5: Datenschutzrecht in der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit

www.nreslmavr.at

23.5.2013

Zugang zu DVR-Online



- P Als Behörde über den Portalverbund
- Direkt über https://dvr.dsk.gv.at/
- Öber das Unternehmensserviceportal (USP) https://www.usp.gv.at
 - USP in ständiger Entwicklung, Arbeitsabläufe können daher Änderungen unterliegen

www.preslmayr.at

23.5.2013



Zugangsberechtigte zu DVR-Online

- Grundsätzlich jede Personen, die im Firmenbuch als vertretungsbefugt hinterlegt ist
- Dritte können berechtigt werden
 - Beispielsweise über das Unternehmens Service Portal (USP)
 - Anmeldung mittels Mobiler- oder Kartensignatur oder mit FinanzOnline-Zugangsdaten
 - Das USP ist mit anderen Datenbanken wie dem Firmenbuch verknüpft
 - B Es "weiß" daher, welche natürlichen Personen für welche juristische Personen vertretungsbefugt sind

www.preslmayr.at 23.5.2013 21



Berechtigungssystem im USP

- Dreistufiges Berechtigungssystem
 - Zeichnungsberechtigte
 - USP-Administratoren
 - USP-Nutzer
- Jede für die juristische Person vertretungsbefugte natürliche Person und Administratoren können Administratoren anlegen/verwalten
- Administratoren können weitere Nutzer anlegen/verwaltenziemlich komplizierter Registrierungsprozess!

w.preslmayr.at 23.5.2013 22



Umfang der Berechtigungsvergabe

- Problem: Momentan kann Nutzern lediglich Vollzugriff auf DVR Online gewährt werden
- Eine spezifische Berechtigungsvergabe (bzw. nur zum Entwurf von DVR-Meldungen aber nicht zur Einbringung von DVR-Meldungen) ist derzeit <u>nicht_möglich</u> (= Risiko)
- Spezifische Berechtigungsvergabe ist für die Zukunft geplant

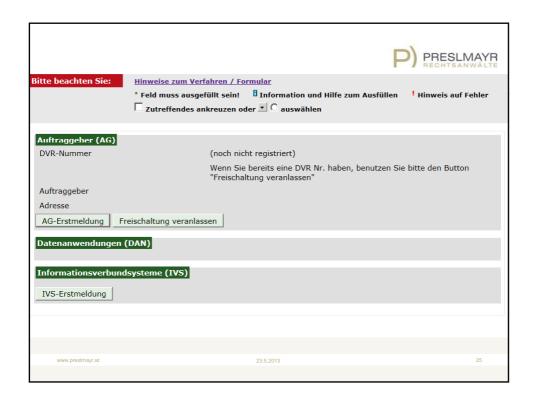
www.preslmayr.at 23.5.2013 23

Inhalt



- Teil 1: DVR-Meldepflichten seit der DSG-Novelle 2010 und der Novelle der
- Teil 2: Abfrage über DVR-Online
- Teil 3: Zugangsberechtigung zu DVR-Online freischalten
- Teil 4: Meldung in DVR-Online einbringen
- Teil 5: Datenschutzrecht in der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit

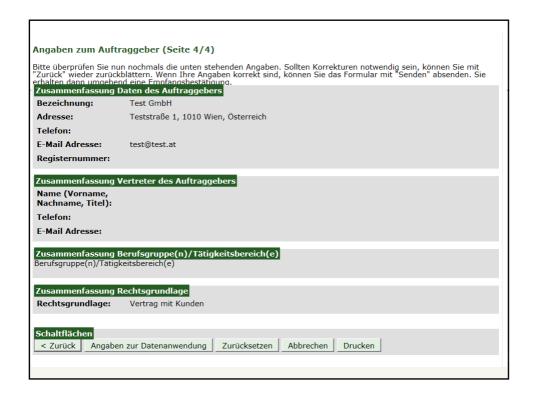
www.preslmayr.at 23.5.2013 24

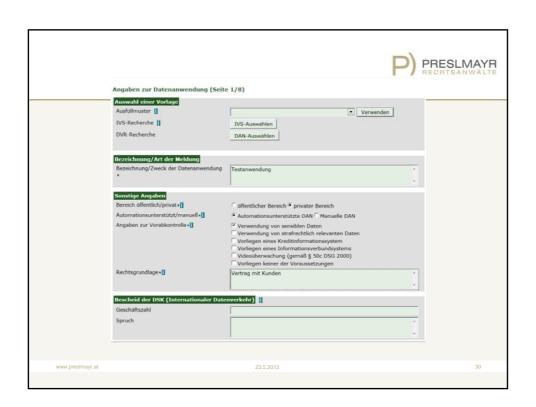






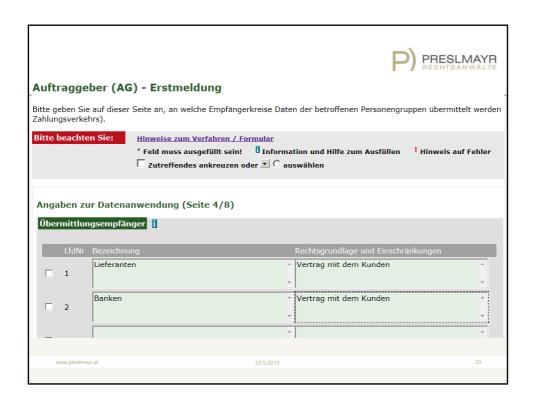


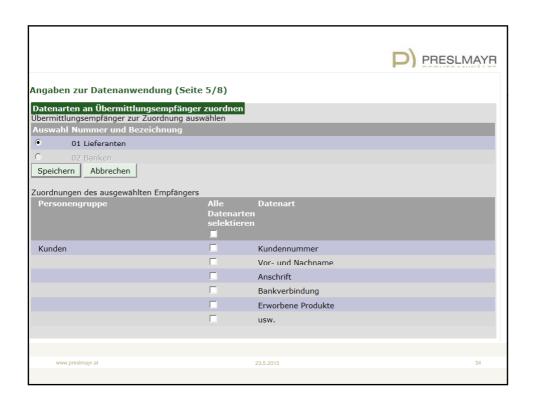




		F			PRESLMA	
	Angaben zur Datenanwendung (S	Seite 2/8)				
	Zustellbevollmächtigter Name (Vorname, Nachname, Titel) Strasse Piz/Ort/Land E-Mail-Adresse Telefon					
	Sachbearbeiter beim AG Name (Vorname, Nachname, Titel) Strasse Plz/ort/Land E-Mail-Adresse Telefon					
	Vertreter des AG in der EU Name (Vorname, Nachname, Titel) Strasse Piz/Ort/Land E-Mai-Adresse Telefon					
	Schalfflächen < Zurück Weiter > Zwischenspe	eichern Zurücksetzen Abbred	hen			
www.preslmayr.at		23.5.2013			31	



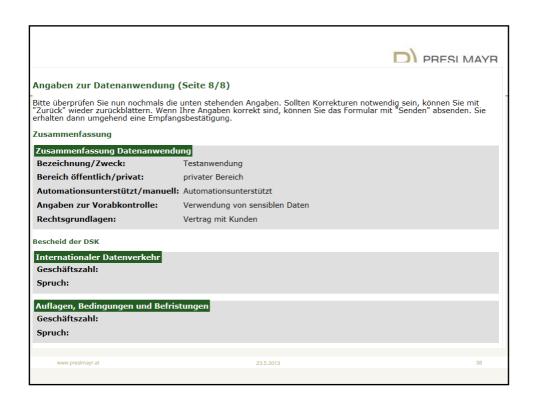














Inhalt Teil 1: DVR-Meldepflichten seit der DSGNovelle 2010 und der Novelle der STMVO Teil 2: Abfrage über DVR-Online Teil 3: Zugangsberechtigung zu DVROnline freischalten Teil 4: Meldung in DVR-Online einbringen Teil 5: Datenschutzrecht in der neuen Verwaltungsgegerichtsbarkeit (gemeinsam mit MinR Dr. Eva Souhrada-Kirchmayer)



Die Verwaltungsrechtsreform

Einführung der zweigliedrigen Verwaltungsgerichtsbarkeit

- Market Verwaltungsbehörde -> Verwaltungsgericht -> VwGH
- ₱ 1. Instanz -> 2. Instanz -> 3. Instanz

Verfassungsunmittelbarer Rechtsschutz

- Art 130 Abs 1 B-VG
 - Bescheidbeschwerde (Z 1)
 - By Säumnisbeschwerde (Z 3)
- Fakultative Zuständigkeiten (Art 130 Abs 2 B-VG)
 - Sonstiges hoheitliches Behördenhandeln (Z 1)

Anwendbares Verfahrensrecht

- P Verwaltungsbehörde: AVG (novelliert)
- Verwaltungsgericht: Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (VwGVG), subsidiär AVG
- ▶ VwGH: VwGG (novelliert)

www.preslmayr.a

23.5.2013

PRESLMAYR

Die Verwaltungsrechtsreform

Neue Verwaltungsgerichte (9+2-Modell)

- 2 Bundesverwaltungsgerichte
 - Bundesverwaltungsgericht

(früher AsylGH)

- **Bundesfinanzgericht**
- 9 Landesverwaltungsgerichte

Auflösung von Behörden

- Unabhängige Verwaltungsbehörden
 - B UVS, UFS, Bundesvergabeamt
- Sonstige unabhängige Verwaltungsbehörden
 - P Ca. 120 Sonderbehörden des Bundes und der Länder
 - P Auflistung in der neuen Anlage zum B-VG

www.preslmayr.a

23.5.2013



Auflösung der Datenschutzkommission (DSK)

Mit Ablauf des 31.12.2013

Neuschaffung der Datenschutzbehörde (DSB)

- DSG-Novelle 2014: Inkrafttreten 1.1.2014
- Unabhängige Kontrollstelle nach Art 28 EU-Datenschutz-RL
- Mitarbeiter der DSK werden mit 1.1.2014 übernommen
 - § 61 Abs 10 DSG idF DSG-Novelle 2014
- Verfahren werden mit 1.1.2014 von der Datenschutzbehörde "übernommen" und fortgeführt
- Erledigungen der DSK als Erledigungen der Datenschutzbehörde
 § 61 Abs 9 DSG idF DSG-Novelle 2014

Neufassung der §§ 36 bis 40 DSG

w.preslmayr.at 23.5.2013

Die Datenschutzbehörde



Monokratische Organisation

- 🤌 "Auflösung" des Geschäftsführenden Mitglieds der DSK
 - Stattdessen weisungsfreier Leiter der Datenschutzbehörde
- Abkehr von der Sozialpartnerschaft (kein Fachbeirat)
- Sicherstellung der notwendigen Sach- und Personalausstattung
- Frstellung eines jährlichen Datenschutzberichts
- Anhörungsrecht in Fragen des Datenschutzrechts

Beibehaltung des Datenschutzrats

P Neu: Erstellung oder Beauftragung von Gutachten

wv.preslmayr.at 23.5.2013 44

Das Beschwerdeverfahren



Neues Rechtsmittel der "Beschwerde"

- Bundesverwaltungsgericht
 - ₱ §§ 38 Abs 3 und 40 DSG
- P Entscheidung durch Senat mit Laienrichten
 - Sozialpartnerschaftliches Modell (WKÖ, BAK)

Beschwerdelegitimation

- Parteien
- Beschwerte Auftraggeber des öffentlichen Rechts

Sachliche Zuständigkeit (§ 39 Abs 1 DSG)

- 🖪 Beschwerde gegen Bescheide der Datenschutzbehörde
 - Rechtsmittelfrist: 4 Wochen (§ 7 Abs 4 VwGVG)
- Säumnisbeschwerde
 - Nach <u>6 Monaten</u> ab Antragseinbringung (§ 8 VwGVG)

www.preslmayr.at

23.5.2013

PRESLMAYR

Das Beschwerdeverfahren

Beschwerdeinhalt

- Inhalt einer Bescheidbeschwerde (§ 9 Abs 1 VwGVG)
 - Bezeichnung des Bescheids
 - Bezeichnung der belangten Behörde (Datenschutzbehörde)
 - Gründe für die behauptete Rechtswidrigkeit
 - Begehren (Anfechtungsumfang)
 - 🖪 Angaben für die Beurteilung der Rechtzeitigkeit
- Inhalt einer Säumnisbeschwerde (§ 9 Abs 5 VwGVG)
 - Säumige Behörde
 - Begehren

www.preslmayr.a

23.5.2013

Das Beschwerdeverfahren



Vorverfahren (§§ 11 – 16 VwGVG)

- P Einbringung bei der Datenschutzbehörde
- Bindung an den Beschwerdeumfang

Bescheidbeschwerde

- Entscheidungsfrist: 2 Monate durch DSBeh
 - Möglichkeit der Abänderung in alle Richtungen
 - Beschwerdevorentscheidung (§ 14 VwGVG)
 - Vorlageantrag an das Bundesverwaltungsgericht (§ 15 VwGVG)

Säumnisbeschwerde (§ 16 VwGVG)

- Monate durch DSBeh
 - Möglichkeit der Nachholung des Bescheids
 - 🖻 Bei Nachholung: Einstellung des Vorverfahrens
 - 🖪 Bei Säumnis: Vorlage an das Bundesverwaltungsgericht

eslmayr.at 23.5.2013

Das Beschwerdeverfahren



Hauptverfahren (§§ 17 – 35 VwGVG)

- Einbringung beim BVerwG ab Vorlage
- Bindung an den Beschwerdeumfang (§ 27 VwGVG)
- Möglichkeit einer mündlichen Verhandlung (§§ 24 ff VwGVG)

Bescheidbeschwerde (§ 28 Abs 2 – 5 VwGVG)

- Frist: 6 Monate ab Einlangen bei BVerwG
- Entscheidung in der Sache selbst mit Erkenntnis
 - Menn SV feststeht oder im Interesse der Raschheit
- Aufhebung durch Beschluss und Rückverweisung
 - P Datenschutzbehörde ist an die Rechtsansicht des BVerwG gebunden
 - Unverzügliche Herstellung des entsprechenden Zustands

wv.preslmayr.at 23.5.2013 48





Säumnisbeschwerde (§ 28 Abs 7 VwGVG)

- P Entscheidung in der Sache selbst mit Erkenntnis ODER ("kann")
- P Entscheidung der Eckpunkte + Fristsetzung zur Bescheiderlassung
 - Maximal 8 Wochen durch DSB, anschließend Erkenntnis in der Sache selbst
- Frist: 6 Monate ab Einlangen beim BVerwG. Dieses kann in der Sache selbst entschieden oder nur Eckpunkte und an DSBeh zurückverweisen, die dann binnen 8 Wochen entscheiden muss.
- Verfahrensdauer im Säumnisfall daher: 6 Mo (DSBeh) + 3 Monate Vorverfahren bei DSBeh + 6 Mo BVerwG + max 8 Wo DSBeh + 6 Mo BVerwG = 23 Monate?
- + (+ danach Fristsetzungsantrag VwGH setzt dem BVerwG Frist siehe nächste Folie)

islmayr.at 23.5.2013

Verfahren vor dem VwGH



Revision wegen Rechtswidrigkeit eines Erkenntnis

- Frist: 6 Wochen (§ 26 Abs 1 VwGG) für Einbringung
 - P Ordentliche Revision: Nur eingeschränkt möglich (Art 133 Abs 4 B-VG)
 - Mac Außerordentliche Revision

Verletzung der Entscheidungspflicht

- Fristsetzungsantrag an den VwGH (§ 38 VwGG)
- 6 Monate ab
 - P Einlangen der Beschwerde beim BVerwG
 - Marie Im Fall der Entscheidung der Eckpunkte und Fristsetzung
 - Ablauf der der Datenschutzbehörde gesetzten Frist

www.preslmayr.at

23.5.2013

Rechtsschutzdefizite



Beschwerde gegen Bescheide der DSK

- Ombudsmannverfahren nach § 30 DSG
 - Friedigung durch "Empfehlung"
 - Mark William W
- Registrierungsverfahren nach §§ 16 ff DSG
 - Friedigung durch Registrierung
 - Beschwerde nur gegen Bescheide (§ 39 Abs 1 DSG)
 - Micht: sonstiges hoheitliches Handeln (Art 130 Abs 2 Z 1 B-VG)
 - ₱ Registerauszug = Bescheid?

Säumnisbeschwerde

- Verletzung der "Entscheidungspflicht" (§ 39 Abs 1 DSG)
- Nachholung des "Bescheides" (§§ 16 und 28 Abs 7 VwGVG)
 - M Kein Rechtsschutz bei Säumnis im Registrierungsverfahren?
 - Registerauszug = Bescheid (insb. bei Vorabkontrollpflicht)?

oreslmayr.at

51

Ende



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

RA Dr. Rainer Knyrim,
Preslmayr Rechtsanwälte OG
1010 Wien, Universitätsring 12

Tel. +43/1/5331695, Fax +43/1/5355686, knyrim@preslmayr.at
Literatur + Newsletter: www.preslmayr.at/datenschutz.php

ww.preslmayr.at 23.5.2013